



Der Qualm zieht ab. Zug um Zug

Immer mehr SpitzenpolitikerInnen wollen das Rauchen in öffentlichen Räumen verbieten. Jetzt ist sogar die Bundeskanzlerin dafür

AUS BERLIN **GEORG LÖWISCH**

Gestern Mittag konnte die Koalition der Rauchverbietler ein prominentes Mitglied begrüßen. "Die Bundeskanzlerin", verkündete ihr Regierungssprecher, "ist persönlich seit langem aufgeschlossen für Fragen des Nichtrauchererschutzes, auch für eine Verbesserung des Nichtrauchererschutzes." Mit den Zuständigkeiten sei das nicht einfach, aber das Anliegen des Ministers Horst Seehofer, das Rauchen in öffentlichen Räumen zu verbieten, das teile Angela Merkel.

Der Segen der Kanzlerin ist der Höhepunkt einer neuen politischen Kampagne gegen das Rauchen, die im Frühjahr begonnen und sich seitdem zu einer Art Selbstläuferin entwickelt hat. Ihr Anfangspunkt ist nicht mit letzter Sicherheit auszumachen, aber er könnte am 20. Februar in Heidelberg liegen. Das Deutsche Krebsforschungszentrum hatte damals Politiker eingeladen, und der Heidelberger SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Binding, 56, war gekommen. Binding hat nichts gegen Qualm, er sagt, dass er sogar gern ein bisschen Tabak riecht, und früher hat er selber stark geraucht. Während der Lehre als Starkstromelektriker fing er mit HB an, es wurde RothHändle draus, erst nach zwölf Jahren war Schluss. Eigentlich ist Binding Finanzpolitiker, da hatte er nur am Rande von der Selbstverpflichtung der Gaststätten gehört, die zugesagt haben, bis März 2008 in fast allen Restaurants 50 Prozent der Plätze zu Nichtraucherplätzen zu machen. "Ich hielt das für eine gute Idee", sagt Binding. Aber an diesem 20. Februar wurde er bekehrt.

Die Krebsforscher legten eine Studie vor, laut der genügend Gifte von den Raucher- zu den Nichtraucherplätzen ziehen, um die Gesundheit zu gefährden. Wenn sich Stoffe auf Möbeln absetzen, könnten sie noch krank machen, wenn man sie nicht mehr riecht.

Binding hat einen Antrag getippt, der die Bundesregierung auffordert, ein Gesetz zu erarbeiten, das Rauchen in öffentlichen Einrichtungen verbietet: Ämter, Nahverkehrszüge, Kneipen. Bei der SPD haben gleich 50 Kollegen unterschrieben, und in der Fraktion haben sie gesagt: Wir müssen das mit der Union abstimmen. Weil das Rauchverbot so ein Aufregerthema ist, riefen Binding die Reporter an: *Bild*, Phoenix, dpa. Inzwischen meldeten sich Grüne und Linkspartei und sagten: Der Binding kann mit uns rechnen. Nur ein einsamer FDPler wettete gegen die Regelungswut.

Letzte Woche stieg Niedersachsens Regierungschef Christian Wulff in den Nichtraucherzug ein, am Wochenende kamen seine Kollegen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt und mit Seehofer erstmals ein Bundesminister dazu: "Rauchen macht krank", schimpfte er, in öffentlichen Einrichtungen dürfe nicht gequalmt werden, Tabakwerbung gehöre eingeschränkt. "Über 140.000 Menschen sterben jährlich in Deutschland an den Folgen - meistens durch Krebs."

Der Kanzlerin stimmte gestern auch Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) zu. Sie sei für den Nichtrauchererschutz, jetzt sei aber das Parlament am Zug. Das Parlament ist in dem Fall wohl Binding. Er will den "verfeinerten" Antrag nun allen Abgeordneten schicken, um genug Unterschriften sorgt er sich nicht. Nur:

Der Antrag wird die Regierung auffordern, tätig zu werden. Ein Gesetz gibt es dann noch nicht. Die Linkspartei-Abgeordnete und Chefin des Gesundheitsausschusses, Martina Bunge, fragte gestern, "warum der Herr Seehofer nicht gleich an die Arbeit geht". Sie spottet, Merkel und Seehofer hätten noch viel Arbeit vor sich: Bei einem Antiqualmvorstoß 1998 hätten 74 Prozent der Christdemokraten Nein gesagt - und 82 Prozent der CSU-Leute.

Hinzu kommt das Zuständigkeitsproblem: Gesundheitsschutz ist erst mal Ländersache. Der Bund ist allerdings für Arbeitsschutz, Maßnahmen gegen den Verkehr von Giften und die Luftreinhaltung zuständig. Das Gaststättenrecht wiederum gibt der Bund mit der Föderalismusreform gerade an die Länder ab.

Binding, wen wundert's, ist zuversichtlich. Ein Bundesgesetz würde vorgehen. "Es ist kein sehr kompliziertes Gesetz", sagt er. "Wenn's nach mir geht und alles in der Koalition abgestimmt ist, tritt das zum 1. 1. 2007 in Kraft."

taz Nr. 8000 vom 20.6.2006, Seite 3, 110 TAZ-Bericht GEORG LÖWISCH

taz muss sein: Was ist Ihnen die Internetausgabe der taz wert? Sie helfen uns, wenn Sie diesen Betrag überweisen auf: taz-Verlag Berlin, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 39316-106

© Contrapress media GmbH
Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)

Dünne Luft für Raucher

Eine Gesetzesinitiative „made in Heidelberg“: Binding, Lamers und Kuhn ziehen (fast) an einem Strang

Von Klaus Welzel

Heidelberg/Berlin. SPD-Fraktionschef Peter Struck tut es. Ebenso Arbeitsminister Franz Müntefering. Auch der Kollege vom Finanzressort, Peer Steinbrück, ist dabei. Und Michael Glos, der Wirtschaftsminister (CSU). Unionsfraktionschef Volker Kauder sowieso.

Seit Jahrzehnten gleichen Deutschlands Spitzenpolitiker einem Kartell der Raucher. Mit anhaltenden Nebenwirkungen: Die Bundesrepublik ist zusammen mit Polen, Estland, Griechenland und Österreich eines der wenigen Länder in der EU ohne Nichtraucherschutz. Und nirgendwo auf der Welt rauchen Parteichefs, Minister und Regierende so ungeniert in der Öffentlichkeit wie hierzulande. Das ist zumindest die Feststellung von Dr. Martina Pötschke-Langer, Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention am DKFZ in Heidelberg: „Die tun so, als hätte das keine Auswirkung auf Jugendliche“, wundert sich die Ärztin im RNZ-Gespräch.

Doch damit dürfte demnächst Schluss sein. Denn der Gruppenantrag des Heidelberger SPD-Abgeordneten Lothar Binding für einen umfassenden Nichtraucherschutz hat große Chancen, Gesetz zu werden. „60 Unterstützer haben wir schon“, frohlockt Binding. Und seit gestern sind auch die Grünen mit im Boot.

Allerdings mit einem eigenen Antrag. „Die Binding-Vorlage ist uns viel zu vage“, heißt es aus dem Umfeld von Grünen-Fraktionschef Fritz Kuhn. also werden die Daumenschrauben für Raucher angezogen.

In drei Schritten will die Öko-Partei vorgehen: Der Bund soll in allen Gebäu-

den, die in seine Zuständigkeit fallen, das Rauchen verbieten. Länder und Kommunen, in deren Verantwortung zum Beispiel Unis, Schulen und Krankenhäuser fallen, sollen adäquat verfahren.

Darüber hinaus soll die Arbeitsstättenverordnung verschärft werden. Zwar gilt dort bereits ein Nichtraucherschutz – aber nicht für Jobs mit Publikumsver-



Rauchen ist herb und männlich – und für 110 000 bis 140 000 Deutsche jedes Jahr tödlich. Foto: dpa

kehr, also Gaststätten. Da aber Bedienungen einem um 50 Prozent erhöhten Lungenkrebsrisiko ausgesetzt sind, sehen die Grünen Handlungsbedarf. Zudem soll das Rauchen in allen öffentlichen Verkehrsmitteln verboten werden.

Alles Punkte, die auch Lothar Binding unterschreiben würde. Und seit gestern sein Kollege von der CDU, Dr. Karl A. Lamers. Der appelliert in einem offenen Brief an Fraktionschef Kauder, die

Union möge ein Gesetz unterstützen, das öffentliche Einrichtungen, Gastronomie und Arbeitsplätze rauchfrei hält: „Wir sollten das gemeinsam in der großen Koalition hinkriegen“, sagt der frischbekehrte Lamers („Der Rauch ist schon eine ziemliche Belästigung“).

Dem CDU-Mann ‚stinkt es‘, dass bisher alle Appelle folgenlos blieben. Ein Besuch im DKFZ steigerte den Sinneswandel – vor allem die Erkenntnis, dass Nichtraucher auch dann noch per Feinstaub krebserregenden Substanzen ausgesetzt sind, wenn die letzte Kippe längst ausgedrückt worden ist.

Anders als der Grüne Fritz Kuhn und FDP-Generalsekretär Dirk Niebel nahmen die beiden Heidelberger Abgeordneten Binding und Lamers Gesprächsangebote seitens des DKFZ an. Informierten sich und schreiten nun Seit an Seit.

Pötschke-Langer macht für das zunehmende Pro-Nichtraucherklima vor allem die Erfolge in Italien und Irland verantwortlich: „Die Umsätze gingen rauf, die Menschen sind froh, es wurden Arbeitsplätze geschaffen“. Die Deutschen hätten die dortigen Ereignisse verfolgt und seien „jetzt endlich“ reif für einen verbesserten Nichtraucherschutz.

Wirklich reif? Die Grünen jedenfalls fordern zusätzlich ein Rauchverbot für den gesamten Bundestag. Ab Herbst. Die Luft für Raucher wird eben immer dünner. Selbst im Bundestag.

HINTERGRUND

> **Nichtraucherschutzgesetz:** Zum dritten Mal seit 1997 versuchen Parlamentarier, einen umfassenden Nichtraucherschutz in Deutschland zu erreichen. Am erfolgreichsten war die parteiübergreifende Initiative aus dem Jahr 2000, der damals ein Viertel der Abgeordneten zustimmte – darunter Angela Merkel, die heutige Bundeskanzlerin. Sie unterstützt auch diesmal die Nichtraucher-Initiative.

> **Verfahrensweise:** Ziel ist ein Antrag, dem Abgeordneten aller Fraktionen zustimmen können. Mit ihrem sehr konkreten Gesetzesvorschlag sind die Grünen am Mittwoch jedoch vorgeprescht. Sie wollen einen Beschluss noch vor der Sommerpause erreichen, was schlicht unmöglich ist, da der Bundestag ab dem 10. Juli in Ferien geht.

> **Zeitplan:** Die Gruppe um den SPD-Abgeordneten Lothar Binding hat sich als Ziel ein Gesetz „noch in diesem Jahr“ gesetzt. Der CDU-Abgeordnete Karl A. Lamers will im Herbst „Überzeugungsarbeit“ in der eigenen Fraktion leisten, plant Informationsabende mit DKFZ-Experten in Berlin.

> **Gegner des Gesetzes:** Klar ist, dass die Fraktionschefs Peter Struck (SPD) und Volker Kauder (CDU) dem Antrag nicht zustimmen werden, „um die Fraktionen nicht zu beeinflussen“. Die FDP will geschlossen gegen das Gesetz stimmen. Um die Stimmung in den Fraktionen auszuloten, kursieren bis nach der Sommerpause Unterschriftenlisten – zeichnet sich eine Mehrheit ab, wird der Bundestag einen Gesetzesentwurf einbringen. Das Gesundheitsministerium lehnt dies nämlich aus formalen Gründen ab. Schließlich habe man eine Freiwilligkeitsvereinbarung mit dem Gaststättenverband getroffen – und die sei bindend.

Dienstag, 20. Juni 2006

Rauchverbot rückt näher

Merkel für Nichtraucherchutz

Bundeskanzlerin Angela Merkel macht sich für einen besseren Nichtraucherchutz stark. Sie teile das Anliegen von Verbraucherminister Horst Seehofer, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm in Berlin. "Die Bundeskanzlerin ist persönlich seit langem aufgeschlossen für Fragen des Nichtraucherchutzes."

Nach Angaben Wilhelms kann der Bund das von Seehofer geforderte Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen allerdings nicht im Alleingang beschließen, sondern nur im Zusammenspiel mit Ländern und Kommunen. Für Bildungseinrichtungen seien beispielsweise die Länder zuständig. Es gebe bereits vielerorts "rauchfreie Schulen". Ein totales oder begrenztes Verbot von Tabakkonsum in Gaststätten sei nach aktueller Rechtslage allein Sache der Betreiber.

Kneipenrauch wird Ländersache

Allerdings könnte der Bund das Rauchen in Gaststätten gesetzlich verbieten - noch. Denn im Rahmen der Föderalismusreform ist vorgesehen, dass das Gaststättengesetz künftig Ländersache wird.

Einige Bundesländer wollen den Kampf gegen das Rauchen bereits jetzt verschärfen. Brandenburg plant in diesem Jahr ein Rauchverbot für öffentliche Landeseinrichtungen, Bremen ein Verbot in Krankenhäusern und Kindertageseinrichtungen, Sachsen-Anhalt in Nahverkehrszügen. Bayern und Bremen wollen noch in diesem Jahr die Schulen vom blauen Dunst befreien - in der Hälfte der Bundesländer ist das bereits Realität.

Die Ministerin wartet ab

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt plädiert ebenfalls für mehr Schutz der Bevölkerung vor Zigarettenqualm, überlässt die Initiative aber dem Bundestag. Die SPD-Politikerin nehme alles sehr ernst, was dazu vorgeschlagen werde, sagte ihr Sprecher Klaus Vater. "Aber jetzt ist das Parlament am Zug. Und wir werden abwarten, was das Parlament beschließt, und dann wird das umgesetzt werden." Auf die Frage, ob die Ministerin in Seehofers Vorstoß eingebunden gewesen sei, antwortete der Sprecher: "Es macht niemand etwas auf eigene Rechnung nach dem Motto: Es kommt mir gerade in den Sinn."

Die Fraktionen diskutieren seit Wochen über einen parteiübergreifenden Antrag, der auf strengere Vorgaben für Raucher in der Öffentlichkeit abzielt. Dabei geht die Debatte darum, ob auf Freiwilligkeit gesetzt werden soll oder gesetzliche Vorschriften gemacht werden sollen. Seehofer hatte am Wochenende erklärt, der Gesetzgeber sollte den Mut haben, in allen öffentlichen Einrichtungen das Rauchen zu verbieten, weil Passivrauchen Tod bringende Krankheiten wie Krebs begünstige.

"Die Diskussion wird kommen"

Der Initiator des Gruppenantrags, Lothar Binding, sieht nach Seehofers Plädoyer wachsende Chancen für seine Initiative. Der Zuspruch sei schon so groß, dass er sich nicht mehr um weitere Unterstützer bemühe, sagte der Sozialdemokrat dem Südwestrundfunk. Er sei zudem für Rauchverbote in öffentlichen Verkehrsmitteln und Gaststätten. Versprechen, vermehrt Nichtraucherplätze anzubieten, seien zu wenig.

Bindings Fraktionskollege Johannes Kahrs sagte dem "Hamburger Abendblatt": "Ich bin selber Nichtraucher und war immer der Meinung, dass der Markt diese Frage regelt." In anderen Ländern mit Rauchverbot in Gaststätten hätten die Maßnahme anfangs nur 20 Prozent der Menschen unterstützt. "Heute liegt die Akzeptanz bei 60 bis 70 Prozent. Die Diskussion wird kommen."

Tabakwerbeverbot als erster Schritt

Die Bundesregierung will zunächst das EU-Tabakwerbeverbot umsetzen, nachdem klar ist, dass die Klage des Bundes wegen der Frage der EU-Zuständigkeit wohl wenig Erfolg haben wird. Seehofers Ministerium kündigte das Gesetz zum umfassenden Tabakwerbeverbot noch vor der Sommerpause an. "Davon gehen wir aus", sagte eine Sprecherin Seehofers. "Das Gesetz soll zügig dem Bundestag zugeleitet werden."

Adresse:

<http://www.n-tv.de/680314.html>

"Mehrheit für Nichtraucher-Schutz"

DIE WELT: Herr Binding, freuen Sie sich als Gegner des Rauchens über die Empfehlung des Generalanwalts, Deutschlands Klage gegen das EU-Werbeverbot abzuweisen?

Lothar Binding: Zunächst stelle ich richtig: Ich will das Rauchen nicht verbieten. Diese Frage soll jeder für sich entscheiden können. Ich bin nur ein Gegner des erzwungenen Passivrauchens. Trotzdem freut mich die Empfehlung, weil Werbung Jugendliche dazu animiert, etwas zu kaufen, was sie süchtig macht.

WELT: Sie wollen mit einem Gruppenantrag zum Thema "Nichtraucher-Schutz" das Rauchen in Restaurants und öffentlichen Gebäuden verbieten. Wie sieht Ihr Zeitplan aus?

Binding: Gegenwärtig befindet sich der Gruppenantrag in der Feinabstimmung zwischen den Gesundheitspolitikern von SPD und Union. Ich denke, daß wir den Text spätestens nächste Woche an alle Fraktionen des Bundestages weiterleiten können, um hier zu einer gemeinsamen Initiative zum Schutz der Gesundheit und unserer Gesellschaft zu kommen.

WELT: Bis wann soll daraus ein Gesetz entstehen?

Binding: Das Parlament soll die Bundesregierung beauftragen, zum 1. Januar 2007 ein Gesetz zum Nichtraucher-Schutz zu erlassen.

WELT: Rechnen Sie in allen Fraktionen mit Mehrheiten für Ihren Antrag?

Binding: Es gibt in der Bevölkerung eine Mehrheit für den Nichtraucher-Schutz, und ich hoffe, das wird sich auch in allen Fraktionen widerspiegeln. Natürlich gibt es in jeder Fraktion auch Gegner. Immerhin handelt es sich um eine Suchfrage, und da sind Entscheidungen nicht immer vernunftbetont und rational.

WELT: Glauben Sie wirklich, nur süchtige, unvernünftige Politiker sind gegen Ihren Antrag? Und nicht auch Nichtraucher mit einem liberalen Staatsverständnis?

Binding: Die wird es geben - so wie umgekehrt auch Raucher meinen Antrag unterstützen. Allerdings lasse ich das Stichwort Liberalität in diesem Zusammenhang nicht gelten. Denn das Problem ist doch, daß Nichtraucher durch die bisherige Untätigkeit des Staates immer wieder gezwungen werden, passiv mitzurauchen, wenn sich Raucher in öffentlichen Räumen aufhalten.

WELT: Die Zigarettenbranche bestreitet Ihre Prämisse, daß die Gesundheitsschädlichkeit des Passivrauchens wissenschaftlich bewiesen sei.

Binding: Ich empfehle die Lektüre der wissenschaftlichen Untersuchung des Deutschen Krebsforschungszentrums aus dem vorigen Jahr und des Memorandums aus diesem Jahr. Daraus wird deutlich, daß die Feinstaubkontamination der Räume, in denen geraucht wird, auch für Nichtraucher eine enorm gefährliche Folgebelastrung darstellt. Daß die Branche davor die Augen verschließen will, kann ich verstehen.

WELT: Peer Steinbrück wird über Ihren Antrag kaum glücklich sein. Der Finanzminister muß sich um die Tabaksteuer sorgen.

Binding: Wie gesagt, es geht mir nicht um ein Rauchverbot. Und volkswirtschaftlich braucht sich niemand zu sorgen. Wenn der Tabakkonsum trotzdem etwas zurückgehen sollte, werden die Umsätze in der Gastronomie zunehmen. Das ist in den rund 20 europäischen Ländern zu beobachten, in denen es ähnliche Gesetze bereits gibt.

WELT: Haben Sie selbst mal geraucht?

Binding: Ja, ich war zwölf Jahre lang starker Raucher, und ich hätte es mir damals übrigens auch nicht verbieten lassen. 1976 habe ich aufgehört. Trotzdem rieche ich sogar heute gelegentlich noch ganz gern, wenn jemand raucht. Aber ich weiß eben um die Gefährlichkeit des Tabakkonsums.

Lothar Binding ist SPD-Bundestagsabgeordneter aus Heidelberg. Mit dem Finanzpolitiker sprach Ansgar Graw

Artikel erschienen am Wed, 14. June 2006

© WELT.de 1995 - 2006

[Artikel drucken](#)

Auch Merkel macht sich für Nichtraucher stark

Rauchverbots-Antrag von Lothar Binding stößt inzwischen auf großen Zuspruch – Streit um Gaststätten

Von Wolfgang Fischer

Berlin. Der stärkere Schutz der Nichtraucher rückt in Berlin immer weiter in den Vordergrund. In die Debatte hat sich nun auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eingemischt, sie sei seit langem dafür aufgeschlossen, erklärte gestern Regierungssprecher Ulrich Wilhelm. Merkel unterstützt den Vorschlag von Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU), ein Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen durchzusetzen. Allerdings ist hier nicht nur der Bund, sondern sind auch Länder und Kommunen zuständig. Im Bundestag hat damit ein vorliegender Gruppenantrag gute Chancen, bei dem es um das generelle Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen, darüber hinaus aber auch um ein Rauchverbot in Gaststätten geht. Der Zuspruch von Abgeordneten ist nach den Worten des SPD-Abgeordneten Lothar Binding so groß, dass er sich als Initiator um weitere Unterschriften nicht mehr bemühen müsse. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Nichtraucherschutz wirksam umzusetzen.

Während beim Rauchverbot in Gaststätten und Hotels der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, die Meinung des SPD-Abgeordneten teilt, ebenso Sachsens Regierungschef Georg Milbrandt eine entsprechende Bundesratsinitiative für richtig hält (beide CDU), gibt es auch gegenteilige Positionen. So sagte die Verbraucherschutzbeauftragte der Unionsfraktion, Julia Klöckner, gegenüber unserer Zeitung, der Nichtraucherschutz in Deutschland müsse zwar weiter verbessert werden. Doch „hysterische Reaktionen, wie sie zum Teil in der aktuellen Dis-

kussion vorgetragen werden, sind verfehlt.“ Sie meint das mit Blick auf Forderungen nach einem Rauchverbot in Gaststätten. „Wir müssen es schaffen, den Wunsch der Nichtraucher nach einer rauchfreien Zone in Restaurants und Gaststätten genauso zu berücksichtigen, wie das Interesse der Raucher, sich beim Feierabendbier eine Zigaretten anste-

Kompromiss zwischen allen Interessen.“ Wichtig sei aber, dass der Jugendschutz gestärkt werden müsse. „Das Alter der Erstkonsumenten ist in den letzten Jahren immer weiter gefallen, weil es den Jugendlichen viel zu einfach gemacht wird, unkontrolliert an Zigaretten zu kommen.“ So soll es Jugendschutzmaßnahmen an Automaten geben – eine Alterskontrolle wird künftig über die EC-Karte eingebaut.

Im Gruppenantrag des Heidelberger SPD-Abgeordneten Binding wird festgestellt: „Die Gesundheit von Menschen, die Tabakrauch ausgesetzt sind, ist auch dann gefährdet, wenn diese Menschen selbst nicht rauchen. Der Tabakrauch enthält eine Vielzahl von Giftstoffen, die chronische Krankheiten mit tödlichem Verlauf hervorrufen können.“ Nichtraucher könnten öffentlich zugängliche Räume nur eingeschränkt meiden. In allen Räumen mit Publikumsverkehr, in denen öffentliche Aufgaben erfüllt werden, sei grundsätzlich das Rauchen zu verbieten. Aber auch in Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs. Binding schließt vom Rauchverbot Gaststätten nicht aus.

Diejenigen, die skeptisch auf den Vorstoß reagieren, werden auf ein Gutachten des Deutschen Krebsforschungszentrums mit dem Titel „Passivrauchen – ein unterschätztes Gesundheitsrisiko“ verwiesen. Der SPD-Abgeordnete verweist auch darauf, dass das Bundesverfassungsgericht bereits die Gefahren des Tabakrauchs für Leben und Gesundheit aller Betroffenen anerkannt hat. Das höchste Gericht stellte fest, dass „Rauchen mehr Menschen als Verkehrsunfälle, Aids, Alkohol, illegale Drogen, Morde und Selbstmorde zusammen“ töte.



„Zippy“ muss künftig draußen bleiben: In den Nahverkehrszügen in Sachsen-Anhalt gilt ab August ein generelles Rauchverbot. Foto: AP

cken zu können.“ Die Lösung liege weniger in einer „weiteren gesetzlichen Keule, als vielmehr in der Selbstverpflichtung der Gastronomie“.

Es laufen Initiativen, die bis zum Jahr 2008 das Ziel haben, neunzig Prozent der Gaststätten mit getrennten Bereichen auszustatten. Die CDU-Abgeordnete Klöckner: „Dieser Weg ist der richtige

> Politik

→ Aktuell

→ Atomstreit

→ Länder

Bund

→ Europäische Union

→ Ausland

→ Vereinte Nationen

→ Politische Bücher

> FAZ.NET fragt:

Wo sollte das Rauchen verboten werden?

In Hotels und Gaststätten

In öffentlichen Räumen

Am Arbeitsplatz

An allen diesen Orten

Rauchen sollte überall erlaubt sein

Zum Ergebnis

Das F.A.Z. Wahlkreise-Archiv



> Politische Bücher

Greven, Thomas: Globalisierter Rechtsextremismus? >

Biermann, Rafael: Lehrjahre im Kosovo >

FAZ.NET-Märkte

Stellenmarkt	Partnersuche
Kunstmarkt	Buchshop
Immobilienmarkt	Finanzanzeigen

Nichtraucherschutzgesetz „Auch in Gaststätten“



Tabakrauch gehört zur höchsten Gefahrenstufe krebserzeugender Stoffe

20. Juni 2006

Die Befürworter in der SPD-Bundstagsfraktion eines generellen Rauchverbots in öffentlichen Räumen und Gaststätten haben ihren Entwurf für einen entsprechenden parteiübergreifenden Gruppenantrag im Parlament vorgelegt. Ursprünglich sollte

der vier Seiten umfassende Antrag, der dieser Zeitung vorliegt, erst Anfang kommender Woche ausformuliert sein. Der Entwurf soll nun mit den Gesundheitsfachleuten der Union abgestimmt und anschließend noch vor der parlamentarischen Sommerpause am 7. Juli an alle Fraktionen weitergeleitet werden.

Nach der Sommerpause wird sich dann der Bundestag mit dem Antrag für einen umfassenden Nichtraucherschutz befassen. Der Antrag ist von der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Carola Reimann, der drogenpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Margrit Spielmann und dem Heidelberger SPD-Abgeordneten Lothar Binding formuliert, der den Vorstoß für ein Nichtraucherschutzgesetz initiiert hatte.

Vor Passivrauchen schützen

In dem Antrag, der nach Bindings Angaben allein in der SPD-Fraktion schon 50 Unterstützer gefunden hat, wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, der „Arbeitnehmer in Zukunft an allen Arbeitsplätzen (also auch im Bereich der Gastronomie) ausnahmslos vor Passivrauchen schützt“. Zudem solle es ein Gesetzentwurf sein, der „die Bürger in allen öffentlichen Bereichen (hier sind gemeint alle öffentlichen Gebäude, öffentliche Verkehrsmittel, Schulen, Universitäten etc.) in der Bundesrepublik Deutschland vor den Schadstoffen des Tabakrauchens durchgängig schützt“.

Der Antrag zielt damit im Bereich der Gastronomie auf eine Veränderung des Paragraphen 5 Absatz zwei der in ganz Deutschland geltenden „Verordnung über Arbeitsstätten“, in der für „Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr“ - mithin vor allem Gaststätten -, der ansonsten geltende Nichtraucherschutz für Arbeitnehmer praktisch aufgehoben wird.

Zum Thema:

→ FAZ.NET: Raucher öffentlich

→ FAZ.NET: Raucher

→ Kuba: Der zum Lebe

→ Schottlan Irland: B: Freien ve

→ Spanien: verliert a

→ Serbien: I trotz Verl

→ Vereinigt: Hauptsta Richtung

→ Australien: Verbote v Zahl der I

Meinungen

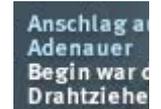
→ 3 Leser-Kc

Artikel-Ser

Drucken

Versende

Vorherige



FAZ.NET

FAZ.NET-Services

	Reiseführer		Software-Portal
	Routenplaner		Kulturkalender
	Staumelder		Kunstlexikon
	Restaurants		Rezensionen
	Wetter		Mobile Dienste
	Zinsvergleich		Newsletter
	Brutto-Netto		Lesermeinungen

„Gesundheitsgefährdung mit möglicher Todesfolge“

Zur Begründung ihres Antrags verweisen die Autoren darauf, daß „der Tabakrauch in Innenräumen eine weithin unterschätzte erhebliche Gesundheitsgefährdung mit möglicher Todesfolge“ darstelle. In Deutschland stuft die „Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ Tabakrauch am Arbeitsplatz aufgrund wissenschaftlich fundierter Kriterien schon 1998 in die höchste Gefahrenstufe der Kategorie krebserzeugender Arbeitsstoffe ein. Für die im Tabakrauch enthaltenen Schadstoffe existiere keine für die Gesundheit unbedenkliche Untergrenze.

„Weder ein größerer zeitlicher Abstand zwischen dem Rauchen und dem Aufenthalt in Räumen, in denen geraucht wurde, noch mit hohem Aufwand verbundene Lüftungsmaßnahmen reichen aus, um die gesundheitsgefährlichen Schadstoffe des Tabakrauchens in der Umgebung vollständig zu beseitigen“, heißt es weiter in dem Antragsentwurf. Das Passivrauchen verursache in Deutschland nach aktuellen Berechnungen des Krebsforschungszentrums jährlich mehr als 3300 vermeidbare Todesfälle unter Nichtrauchern durch Herz-Kreislauf-Krankheiten, Lungenkrebs, chronische Lungenkrankheiten sowie durch den plötzlichen Kindstod.

Hohes Risiko in der Gastronomie

Einen Schutz vor Passivrauchbelastung gebe es bis heute in Deutschland faktisch nicht, beklagen die Abgeordneten. „Die Souveränität des einzelnen zur Entscheidung, ob er sich Tabakschadstoffen aussetzen will oder nicht, ist in Deutschland aktuell nicht gegeben.“ Fast die Hälfte der erwerbstätigen Nichtraucher in Deutschland sei am Arbeitsplatz und knapp ein Drittel aller Nichtraucher in der Freizeit Zigarettenrauch ausgesetzt. Vor allem das nicht geschützte Personal in Gaststätten unterliege einem „höheren Morbiditäts- und Mortalitätsrisiko“. Mitarbeiter von Restaurants, Bars und Kneipen hätten ein um 50 Prozent höheres Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken.

Text: holl., F.A.Z., 21.06.2006, Nr. 141 / Seite 2
Bildmaterial: picture-alliance/ dpa/dpaweb

[→ Beitrag kommentieren](#)

Lesermeinungen zum Beitrag [3]

- [→ Was wird passieren? Nichts!](#) 21.06.2006, 12:54
- [→ 50 Prozent weniger Gäste!](#) 21.06.2006, 12:05
- [→ Endlich!](#) 21.06.2006, 09:47

ANZEIGE



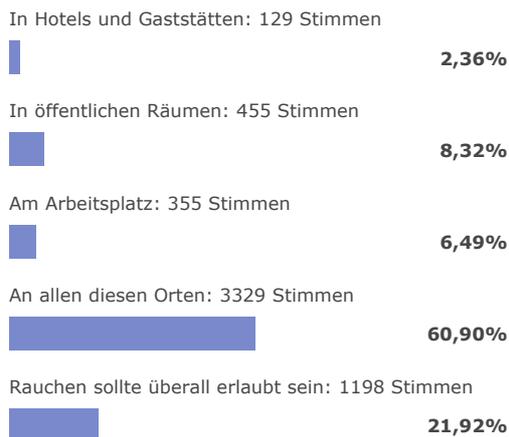
BÖRSE FRANKFURT

Jetzt können Sie über 2500 Fonds an der

Wo sollte das Rauchen verboten werden?

Der Ruf nach einem besseren Schutz von Nichtrauchern in Deutschland wird lauter. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) sprach sich für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen aus. „Wo der einzelne gezwungen ist, sich aufzuhalten, in öffentlichen Räumen wie Flughäfen und Bahnhöfen, sollten Rauchverbote stärker greifen“, sagte er. Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach verlangte dagegen ein Rauchverbot in Hotels und Gaststätten. „Das sind die gefährlichsten Arbeitsplätze, die es überhaupt gibt.“ Was meinen Sie: Wo sollte das Rauchen verboten werden?

(Ihre Stimme wurde gezählt.)



Insgesamt wurden 5466 Stimmen abgegeben.

[→ Fenster schließen](#)

	<p>Kluge Köpfe informieren sich gezielt!</p>	ANZEIGE
---	--	---------

Rauchverbot

Parteiübergreifender Streit nach Seehofers Vorstoß

Die Forderung von Verbraucherschutzminister Horst Seehofers nach einem Rauchverbot in öffentlichen Räumen bleibt umstritten. Über die Parteigrenzen hinweg streiten sich die Politiker um Zwang und Freiwilligkeit.

Frankfurt am Main - Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding sagte heute im Südwestrundfunk, er sehe gute Erfolgchancen für ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen. Schließlich dehne sich der Rauch in den gesamten Raum aus und fänden die Rauchpartikel auch noch nach Stunden in die Lungen, argumentierte er. Binding äußerte die Erwartung, dass auch die Deutschen ein allgemeines Rauchverbot in öffentlichen Räumen befolgen würden, wie es die Menschen in 20 anderen europäischen Ländern mit zum Teil schärferen Regeln bereits täten.

Der Zuspruch für den von ihm angestoßenen Gruppenantrag mit diesem Ziel sei bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags so groß, dass er sich um weitere Unterschriften gar nicht mehr bemühe. Binding setzt sich für ein Rauchverbot auch in Bahnen und Gaststätten ein. Die Initiative des deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga, vermehrt Nichtraucherische anzubieten, reiche nicht aus.

Dagegen sprachen sich seine Fraktionskollegen Johannes Kahrs und Hans-Ulrich Klose sowie der CDU-Europaabgeordnete Georg Jarzembowski erneut für eine freiwillige Regelung aus. Kahrs plädierte im "Hamburger Abendblatt" erneut für freiwillige Regelungen. "Ich bin selber Nichtraucher und war immer der Meinung, dass der Markt diese Frage regelt", sagte er. In Irland, England und Frankreich, wo ein Rauchverbot in Gaststätten gelte, hätten anfangs auch nur 20 Prozent der Menschen die Regelung unterstützt. Heute liege die Akzeptanz bei 60 bis 70 Prozent. Ähnlich äußerte sich der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose. Er sei "grundsätzlich gegen 100-Prozent-Lösungen", sagte er dem Blatt.

Auf Widerspruch stieß Seehofer aber auch bei dem CDU-Europaparlamentarier Jarzembowski. "Die Politik sollte den mündigen Bürger akzeptieren und nicht in alle Freiräume der Menschen hinein regulieren", wird er zitiert.

Nach einer Mitteilung der Techniker Krankenkasse vom Montag bezeichnen sich 338.000 der über zwei Millionen Raucher in Bayern als Genuss- oder Gelegenheitsraucher. Aber auch ein bis vier Zigaretten am Tag schädigten die Gesundheit. "Forscher haben herausgefunden, dass die Sterblichkeit bei Gelegenheitsrauchern im Vergleich zu Menschen, die nie rauchen, deutlich höher ist", sagte die Präventionsberaterin der Krankenkasse, Annette Bleher, in München. Nach ihren Angaben sterben leichte Raucher fast drei Mal häufiger an Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenkrebs als Nichtraucher.

lan/AP



Startseite Nachrichten Lokales Sport Freizeit Journal Anzeigenmarkt ServiceCenter

Sie sind hier: [Startseite](#) / [Nachrichten](#) / [Politik](#) / [Artikel](#)

ALLE ARTIKEL

ARTIKEL
vom 14.06.2006



N
Ü
.....
T
C
»F
B
V
V
B
F
J
P
Z
M

[Der Prinz und die Prostituierten](#)
[Auf der Suche nach einer Koalition](#)
[Koalitionsstreit um Gesundheitsreform](#)

Spätes Einlenken in Sachen Nichtraucherschutz

TAGESSCHAU

[Professor Joschka Fischer, Fachgebiet Krisendiplomatie](#)

[Kontroverse über Familiensplitting](#)

[„Förderung von Kindern wichtiger als Förderung der Ehe“](#)

[Ottfried Fischer gibt Ehe noch nicht verloren - Verhältnis beendet](#)

[KOMMENTAR Deutsche Patrioten](#)

[Fico - der enttäuschte Wahlsieger](#)

[Meldungen](#)

[STANDPUNKT Die letzten Rauchzeichen](#)

[Seehofer kämpft für Rauchverbot](#)

PRESSESTIMMEN

[Köhler fordert „energische“ Reformen gegen Arbeitslosigkeit](#)

[Katalanen sprechen sich für mehr Eigenständigkeit aus](#)

[US-Autor: El Kaida plante Giftgasanschlag auf U-Bahn](#)

[Brasilien zieht glanzlos ins Achtelfinale ein](#)

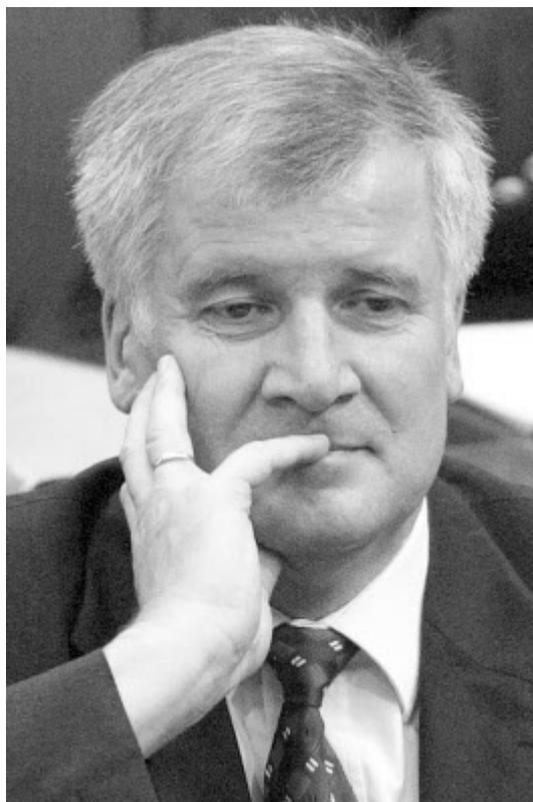
[Väter protestieren mit „Kreuzigung“](#)

ZITATE

GEWINNER

[Auch Merkel für Reform des Ehegatten-Splittings](#)

VERLIERER



Kommt möglichen EU-Sanktionen zuvor: Verbraucherschutzminister Horst Seehofer. (Foto: AP)

SCHON ENTDECKT?



PNP-Journal im Online-Bereich
Skandale, Liebe, Katastrophen, Kriminalität - die Extreme des Lebens... [\[mehr\]](#)

Jahrelang machte Berlin gegen ein Tabakwerbeverbot Front. Nun will Deutschland das geltende EU-Recht umsetzen - weil Strafen drohen.

von *Claudia Kemmer*

Berlin. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist der Nichtraucherschutz in Deutschland ein Stiefkind. Während Restaurants in Spanien, Italien oder Irland längst rauchfreie Zonen sind, verlässt sich Deutschland auf wachsweiße Selbstverpflichtungen der Gastronomie. Eine rauchfreie Fußball-WM: Fehlanzeige. Die Umsetzung des EU-Tabakwerbeverbots in nationales Recht verzögerte die Bundesrepublik als einziges EU-Mitglied jahrelang auf dem Klageweg.

BU
Sa
Bia
die
Kra
.....

FUSSBALL-WM-TESTS ONLINE
Testen Sie



anonym Ihr Wissen!

Drei Tests für Fußballfans - über Basis- und Expertenwissen

und zum Schmunzeln! [\[mehr\]](#)

Angesichts der Empfehlung des Generalanwalts am EuGH, die Klage abzuweisen, lenkt die Bundesregierung jetzt ein.

Verbraucherschutzminister Horst Seehofer wäscht seine Hände in Unschuld: In seiner Erklärung weist er darauf hin, dass die Klage von Rot-Grün eingereicht worden sei. Es sei außerdem nie darum gegangen, den Nichtraucherschutz zu blockieren, sondern darum, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten zu klären.

„Der Nichtraucherschutz ist mir ein besonderes Anliegen“, betonte Seehofer. Die europäische Richtlinie, die Zigarettenwerbung in Zeitschriften, Zeitungen und im Internet sowie grenzüberschreitendes Sponsoring von Großveranstaltungen durch Tabakkonzerne untersagt, will er jetzt in nationales Recht umsetzen, auch wenn das Urteil noch aussteht. In aller Regel folgt aber der Europäische Gerichtshof in Luxemburg der Empfehlung des Generalanwaltes. Das Urteil wird im Herbst erwartet.

Der Bundesregierung drohen empfindliche Strafen, wenn sie geltendes EU-Recht weiter missachtet. Sogar die Werbebranche und die Zeitungsverlage, die vehement gegen das Werbeverbot protestieren, wissen keinen Ausweg außer einer minimalen Umsetzung der Richtlinie - etwa ein Werbeverbot nur für Presseerzeugnisse, die grenzüberschreitend verbreitet werden. Ihnen geht es nicht um Unterstützung für das Produkt Tabak, sondern um das Prinzip der Marktfreiheit. Bei einem Werbeverbot für Zigaretten befürchteten sie einen Dammbbruch, dem weitere für Alkohol, Zucker oder Autos folgen würden. Außerdem wittern sie Heuchelei, wenn Tabakwerbung zwar verboten wird, die Tabakbauern aber subventioniert werden und der Staat über die Tabaksteuer mitkassiert.

Sehr wohl um das „todbringende“ Produkt geht es den Ärzten. Bundesärztekammerpräsident Jörg Dietrich Hoppe frohlockt, Berlin könne sich nun nicht mehr hinter dem Wettbewerbsrecht verstecken, sondern müsse zum Schutz der Gesundheit der Bürger handeln. Anti-Raucher-Organisationen betonen, dass ein Werbeverbot zu einer achtprozentigen Reduzierung des Tabakkonsums führen würde. Die Werbung beeinflusse nicht nur, wie von der Branche behauptet, die Wahl der Marke, sondern animiere auch zum Konsum.

Auch innerhalb der Regierung wagen sich die Befürworter eines stärkeren Nichtraucherschutzes aus der Deckung. Ursula von der Leyen sprach sich etwa dafür aus, „auf Dauer deutlich mehr rauchfreie Räume zu schaffen“. Die Familienministerin und Ärztin sagte, es dürften keine Bilder geschaffen werden, die den Tabakkonsum als „spannend, cool oder modern“ darstellten. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), startet immer wieder Kampagnen gegen die Nikotinsucht. Auch der Gastronomie droht sie regelmäßig mit einem gesetzlichen Rauchverbot, falls die Quotenvereinbarung über die Zahl der Nichtrauchertische in Restaurants nicht umgesetzt wird. Der Schlussantrag des Generalanwalts ist Wasser auf ihre Mühlen. Bätzing sieht auch einen Stimmungswechsel zu Gunsten des Nichtrauchens in Deutschland. Im Bundestag setzt sich der SPD-Abgeordnete Lothar Binding für ein Rauchverbot in Gaststätten und Zügen ein. Eine Parlamentsmehrheit für sein Vorhaben hält er nicht für ausgeschlossen. AP

Nichtraucherschutz

Weg mit den Qualmern



© Martin Oeser/DDP



Politiker diskutieren über ein striktes Rauchverbot in Hotels und Kneipen

Immer mehr Politiker aller Parteien machen sich stark, Nichtraucher besser zu schützen. In öffentlichen Räumen soll striktes Rauchverbot dafür sorgen, dass niemand mehr dem schädlichen Rauch ausgesetzt ist.

Der Ruf nach einem besseren Schutz von Nichtrauchern in Deutschland wird lauter. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) sprach sich für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen aus. "Wo der Einzelne gezwungen

ist, sich aufzuhalten, in öffentlichen Räumen wie Flughäfen und Bahnhöfen, sollten Rauchverbote stärker greifen", sagte er der in Hannover erscheinenden "Neuen Presse". Wo man sich aber freiwillig aufhalte, sollte es bei freiwilligen Regeln bleiben.

Tabakwerber warnen vor ihrem Ende

Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach verlangte in der Zeitung dagegen ein Rauchverbot in Hotels und Gaststätten. "Das sind die gefährlichsten Arbeitsplätze, die es überhaupt gibt." Auch die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Renate Künast, forderte in der "Netzeitung" und in der "Financial Times Deutschland" ein gesetzliches Rauchverbot in Restaurants und Kneipen. "Rauchen ist schädlich. Und jeder, der am Nachbartisch sitzt, muss mitrauchen", kritisierte sie. Freiwillige Vereinbarungen brächten nichts.

Mehr zum Thema

Nichtraucher-Tagebuch: **Gib Gas, Butterkugel!**

Prominente Raucher und Nichtraucher: **Der Kampf ist noch nicht ausgefochten**

Rauchen: **Verqualmte Statistik**

Verschärfung des EU-Tabakwerbeverbotes gefordert

Die Drogenbeauftragte der Unionsfraktion, Maria Eichhorn, machte sich für eine Verschärfung des EU-Tabakwerbeverbotes stark. Man müsse darüber nachdenken, dieses von Zeitungen, Zeitschriften, Internet und Rundfunk auf Kinos und Plakatwerbung auszudehnen, sagte

sie der "Berliner Zeitung". Ein solches Verbot müsste jedoch von den Mitgliedstaaten und nicht von der EU erlassen werden.

Auch die Expertin Martina Pötschke-Langer des Deutschen Krebsforschungszentrums wies darauf hin, dass der Hauptanteil der Tabakwerbung auf Außen- und Kinowerbung entfalle. Daher handele es sich

bei den EU-Vorschriften nur um ein "partielles Werbeverbot", sagte sie der in Heidelberg erscheinenden "Rhein-Neckar-Zeitung". Sie wies darauf hin, dass der Einfluss der Tabakindustrie auf die Politik in Deutschland "enorm" sei. Jährlich gebe sie 300 Millionen Euro für Marketing, Promotion und Sponsoring aus.

Kritik von Handel und Tabakindustrie

Trotz einer noch laufenden Klage Deutschlands gegen das EU-Tabakwerbeverbot will die Bundesregierung dieses zügig umsetzen. Ein nationales Gesetz wird nach Angaben von Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) "unverzüglich" in den Bundestag eingebracht. Der Generalanwalt der EU, Philippe Léger, hat dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorgeschlagen, die deutsche Klage abzuweisen. Das drohende Tabakwerbeverbot stößt beim deutschen Einzelhandel und bei der Tabakindustrie auf scharfe Kritik.

DPA

Artikel vom 14. Juni 2006

Region wählen

Leserforum

Abo-Service

Anzeigenmarkt

Fli

Land & Welt

- Themen des Tages
- Politik
- Blick in die Welt
- Wirtschaft
- Südwestumschau
- Feuilleton
- Sport

Fussball WM 2006



Börsenspiel zur WM
Leserhymne/WM-Song

- Chips und Tricks
- Christliche Welt
- Jungen und Mädchen
- KFZ u. Verkehr
- Mensch und Gesundheit
- Modernes Leben
- Recht und Rat
- Reise und Freizeit
- Süddeutsche Heimat
- Südwestmagazin
- Telefonaktion
- Unterhaltung
- Wissenschaft und Technik
- Online-Archiv
- Flirts, Singles und Friends
- Bildergalerien
- Sporttabellen

- Anzeige aufgeben
- Abo-Service
- Mediadaten
- Ansprechpartner
- Wir über uns
- Online-Werbung
- Impressum

SÜDWEST PRESSE

ein starker Verbund...



SPD-Expertin sieht gute Chancen für gesetzliches Rauchverbot

dpa



Ein Mann raucht in Berlin vor einer Gaststätte. Der Ruf nach besserem Nichtraucherschutz wird lauter. FOTO: DPA

Flughäfen und Bahnhöfen, in den Menschen gezwungen seien sich aufzuhalten, sollten Rauchverbote stärker greifen, sagte er der «Neuen Presse» aus Hannover.

Berlin Der Ruf nach einem schärferen Vorgehen gegen den blauen Dunst in Deutschland wird lauter. Die SPD-Gesundheitspolitikerin Carola Reimann sieht im Bundestag gute Chancen für ein gesetzliches Rauchverbot in Gaststätten. «Da sind viele für zu gewinnen», sagte sie am Mittwoch der dpa in Berlin. Besonders wichtig sei der Schutz von Kindern.

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) sprach sich für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen aus. Beispielsweise in

Bundesverbraucherminister Horst Seehofer (CSU) will das EU-Tabakwerbverbot für Deutschland noch im Juni auf den Weg bringen. Geplant sei, das Gesetzespaket am 30. Juni in den Bundestag einzubringen, sagte ein Ministeriumssprecher. Der Generalanwalt der EU, Philippe Léger, hatte dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorgeschlagen, die deutsche Klage abzuweisen. Sie richtet sich gegen die Zuständigkeit von Brüssel, nicht gegen den Nichtraucherschutz.

Die Grünen bemängelten die Nichtraucherschutzpolitik der großen Koalition. «Die Bundesregierung muss man hier offensichtlich zum Jagen tragen», sagte Grünen-Fraktionschefin Renate Künast der «Financial Times Deutschland». Reimann will mit einem fraktionsübergreifenden Antrag den Nichtraucherschutz in Gaststätten verstärken. «Ich möchte, dass Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und Bürger im öffentlichen Raum besser geschützt werden», sagte Reimann. Für denkbar hält sie auch ein Rauchverbot in Kantinen.

- Anzeige -



Vertical sidebar text: W, Le, W, E, N, Im, E, G, 7, 8, Ir, G, 9, 1, Sin, meh



In mehreren EU-Ländern wie Italien oder Spanien ist Rauchen bereits tabu in Gaststätten. Die Bundesregierung setzt bisher auf die freiwillige Selbstverpflichtung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands zur Schaffung von Nichtraucherplätzen bis 2008. Politiker von Union und SPD sehen den Erfolg bisher skeptisch. Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding hatte bereits eine Initiative für ein gesetzliches Rauchverbot in Gaststätten und Bahnen angeschoben.

Das EU-Tabakwerbeverbot ist aus Sicht mehrerer Koalitionspolitiker nicht umfassend. «Wir werden weiterhin Werbung in Kinos haben», sagte Reimann. Die Drogenbeauftragte der Unionsfraktion, Maria Eichhorn (CSU), machte sich für eine Verschärfung des Werbeverbotes stark. Man müsse darüber nachdenken, dieses von Zeitungen, Zeitschriften, Internet und Rundfunk auf Kinos und Plakatwerbung auszudehnen, sagte sie der «Berliner Zeitung». Ein solches Verbot müsste aber von den Mitgliedstaaten erlassen werden.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum wies darauf hin, dass der Hauptanteil der Tabakwerbung auf Außen- und Kinowerbung entfalle. Die Expertin Martina Pötschke-Langer wies in der «Rhein-Neckar-Zeitung» darauf hin, dass die Tabakindustrie 300 Millionen Euro im Jahr für Marketing, Promotion und Sponsoring ausbebe. Das drohende Tabakwerbeverbot war beim Einzelhandel und bei der Tabakindustrie auf scharfe Kritik gestoßen.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung warnte vor den Gefahren des Rauchens auch von Wasserpfeifen. Erste Untersuchungen hätten gezeigt, dass die Belastung durch Teer und Nikotin bei Wasserpfeifen höher sei als beim Rauchen von Zigaretten, sagte der Leiter der Abteilung Produktsicherheit, Andreas Luch. «In Deutschland ist das zunehmend ein Trend vor allem bei Jugendlichen.»

Weitere Artikel zu diesem Themengebiet:

- [Ruf nach Nichtraucherschutz wird lauter \[vom 14.06.2006\]](#)
- [Ruf nach besserem Nichtraucherschutz wird lauter \[vom 14.06.2006\]](#)
- [Deutschland will Tabakwerbung verbieten \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Deutschland will Tabakwerbung verbieten \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Analyse: Gegner der Tabakwerbung bekommen Schützenhilfe \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Seehofer will Tabakwerbeverbot umsetzen \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Seehofer kündigt Gesetz zur Umsetzung des EU-Tabakwerbeverbots an \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Chance für deutsche Klage gegen EU-Tabakwerbeverbot schwindet \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Drogenbeauftragte: Toleranz für Raucher schwindet \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Deutschland will Tabakwerbung verbieten \[vom 13.06.2006\]](#)
- [Tabakwerbung bald verboten \[vom 13.06.2006\]](#)

Erscheinungsdatum: Mittwoch 14.06.2006

[← zurück zur Ressort-Übersicht](#)

» **Ic**

Fra

von

im P

Sür

in U



Mef

WA

mit

Mo

5

12

19

26

Jun

» **V**

S

» **V**

e

» **K**

Gev

am

geg



An

» **4**

»

» **1**

»

»

»

» **7**

» **A**

Anze

☐

Krach in der Koalition

SPD nimmt Länderchefs der Union ins Visier

Im Koalitionsstreit über Änderungen bei Hartz IV hat SPD-Generalsekretär Hubertus Heil die Rolle der Unions-Ministerpräsidenten scharf kritisiert. Bei zwei weiteren Projekten droht zudem ein neuer Krach im Regierungsbündnis.

Passau - "Hier geht es um mehr als um das Prestige einzelner Politiker, deswegen muss man sich zusammenreißen und die Eitelkeiten beiseite lassen", warnte Heil die Länderchefs der Union in der "Passauer Neuen Presse". "Wenn man miteinander etwas beschlossen hat und dieselben Leute, die bei der Entscheidung mit am Tisch saßen, am nächsten Tag etwas anderes erzählen, dann ist das ein Problem, über das wir in der Koalition zu reden haben werden", sagte er. Er erwarte, dass die Unions-Ministerpräsidenten ihre Parteivorsitzende Angela Merkel (CDU) stärker unterstützten.

Besonders mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) ging Heil ins Gericht: "Es ist schon ärgerlich, wenn er als CDU-Vize immer alles mitbeschließt und im Anschluss als Ministerpräsident opponiert." Christian Wulff (CDU) warf der SPD-General "Showeffekte" vor. Der niedersächsische Landeschef tue so, als könne er über das Geld des Bundes verfügen und Modellversuche für einen Kombi-Lohn in Niedersachsen einführen. Tatsächlich hätten die Länder in dieser Frage rechtlich nichts zu melden.

Hubertus Heil erneuerte auch seine Kritik an Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU). Er sagte: "Wir brauchen vernünftige Konzepte für Industrie-, Wettbewerbs- und Mittelstandspolitik." Er finde, dass der Wirtschaftsminister "da noch eine Schippe drauflegen soll".



REUTERS

Heil: "Showeffekte" der Länderchefs

Kritik an ihren Unions-Kollegen im Bundesrat äußerten aber auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und der sächsische Regierungschef Georg Milbradt. Er finde es "ein wenig belastend", dass einige Regierungschefs die Tatsache unterschlagen, dass die Union in Berlin mit der SPD regieren müsse, sagte Böhmer dem "Handelsblatt". Dies werde offensichtlich von Kollegen nicht verstanden, die allein regieren können, sagte Böhmer, der Chef einer Großen Koalition in Magdeburg ist.

Böhmer sprach sich sowohl gegen eine Blockade des Hartz IV-Fortentwicklungsgesetzes im Bundesrat als auch gegen weitergehende Reformen beim Kündigungsschutz aus. "Jetzt sollten die im Koalitionsvertrag vereinbarten Punkte umgesetzt werden. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich darüber hinausgehende Lockerungen des Kündigungsschutzes auf dem Arbeitsmarkt spürbar bemerkbar machen würden."

Auch Milbradt (CDU) warnte seine Kollegen erneut vor einer Blockade im Bundesrat. "Die Änderungen, die der Bundestag jetzt beschlossen hat, sollten so schnell wie möglich in Kraft treten", sagte Milbradt der "Berliner Zeitung". Union und SPD hatten am Donnerstag im Bundestag unter anderem beschlossen, dass hartnäckigen Arbeitsverweigerern die Unterstützung gestrichen werden kann. Vielen Unions-Landeschefs geht das nicht weit genug.

Stoiber will nicht blockieren

Am Wochenende hatten mehrere Unions-Ministerpräsidenten ihre Kritik an dem am Donnerstag im Bundestag beschlossenen Gesetz bekräftigt. "Bild am Sonntag" berichtete, Bayern sowie Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und das Saarland wollten das Gesetz im Bundesrat aufhalten.

Stoiber wies diese Darstellung in der "Welt" zurück. Das von Müntefering vorgelegte Gesetz sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, vor allem gegen Missbrauch. Zugleich verlangte er aber weitere Korrekturen an Hartz IV. Bayern arbeite bereits mit anderen Unionsländern an einer Generalrevision. "Die Ergebnisse wollen wir bis zum Herbst vorlegen und dann mit der SPD besprechen", sagte er.

Im Streit mit der SPD verbat sich Milbradt weitere Kritik von Arbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering. "Auch der Vizekanzler muss die Tatsache anerkennen, dass wir in einem föderalen Staat leben", sagte Milbradt. "Der Koalitionsausschuss in Berlin spricht für die Koalition in Berlin, aber nicht für die Länder."

Nach Hartz IV droht aber weiterer Streit im Regierungsbündnis. Mehrere Unions-Länderchefs drängen beim Antidiskriminierungsgesetz nach dem in der Koalition vereinbarten Kompromiss auf Änderungen. Dazu gehörten die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen, Günther Oettinger, Roland Koch und Jürgen Rüttgers (alle CDU), berichtet die "Passauer Neue Presse" unter Berufung auf Kreise der CDU-Führung. Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) sammle zurzeit die Forderungen seiner Länderkollegen.

Einige Ministerpräsidenten schlossen offenbar auch einen Initiativantrag im Bundesrat nicht aus, heiße es aus der CDU-Führung. Hessens Arbeits- und Sozialministerin Silke Lautenschläger habe zudem in einem Brief an Unions-Fraktionschef Volker Kauder (beide CDU) Änderungsbedarf beim Antidiskriminierungsgesetz angemeldet.

Ärger droht auch beim Anti-Raucher-Gesetz. Unions-Vizefraktionschef Wolfgang Bosbach lehnt den SPD-Vorstoß ab. "Es gibt schon jetzt eine Fülle von rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, Nichtraucher vor den Folgen von Rauch zu schützen", sagte Bosbach der "Welt". Er frage sich, ob man wirklich neue gesetzliche Regelungen brauche. "Das hätte nämlich eine neue Behörde zur Folge, die darauf zu achten hat, ob ein solches Anti-Raucher-Gesetz eingehalten wird", sagte Bosbach.

"Ich halte es für den richtigen Weg, gemeinsam mit dem Hotel- und Gaststättenverband zu einer Regelung zum Schutz von Nichtrauchern zu kommen", betonte Bosbach. Die Große Koalition sei dafür angetreten, weniger und nicht mehr Bürokratie zu schaffen.

Der SPD-Abgeordnete Karl Lauterbach widersprach Bosbach. "Eine Selbstverpflichtung ist kein Ersatz für das Gesetz", sagte Lauterbach SPIEGEL ONLINE. Der Hotel- und Gaststättenverband habe keine Sanktionsmöglichkeiten gegen seine Mitglieder und könne daher das Rauchverbot nicht überwachen.

Anti-Raucher-Gesetze hätten sich im Ausland bewährt, sagte Lauterbach. Sie seien wirksam, unbürokratisch und führten auch nicht zu Einnahmerückgängen in den Gaststätten.

Wie in jeder Branche sei ein Gesetz nötig, um die Angestellten zu schützen. Studien zum Passivrauchen zeigten, dass Gaststätten zu den gefährlichsten Arbeitsplätzen überhaupt gehören, so Lauterbach.

Nach Angaben von Lauterbach wird derzeit ein Gruppenantrag des SPD-Abgeordneten Lothar Binding weiter entwickelt. Danach soll das Rauchen in Gaststätten und Bahnen gesetzlich verboten werden. Die Initiative unterstützen bereits mehr als 50 SPD-Abgeordnete. Auch in der Union gebe es Anhänger dieses Vorhabens, so Lauterbach. Die Bundesregierung setzt bislang auf eine freiwillige Vereinbarung mit dem Gaststättengewerbe.

- NACHRICHTEN >
- WAS-WANN-WO >
- ESSEN UND TRINKEN >
- SPORT >
- MARKTPLATZ >
- ANZEIGENMARKT >
- LEBENSART >
- STADTINFO >
- RATGEBER >
- SERVICE UND PRODUKTE >

ANMELDUNG

Wenn Sie Rhein-Main.Net an Ihre persönlichen Bedürfnisse anpassen möchten, tragen Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Kennwort ein.

E-Mail-Adresse

Kennwort

- » Kennwort vergessen?
- » Neue Anmeldung
- » Datenschutz
- » Abmeldung

ANMELDEN

WARUM REGISTRIEREN ?

Welche Vorteile habe ich durch eine Registrierung?

Alles Wissenswerte kurz zusammengefasst [erfahren Sie hier](#).

BESUCHTE SEITEN

- » Politik

FEEDBACK

Fragen, Kritik, Verbesserungsvorschläge oder Lob - hier können Sie uns Ihre Meinung mitteilen.

Nachrichten



Home > Nachrichten > **Politik**

■ **Unions-Fraktionsvize lehnt SPD-Vorstoß für Anti-Raucher-Gesetz ab**

06.06.2006



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Binding plant einen Gruppenantrag aller Fraktionen für ein Anti-Raucher-Gesetz.

gesetzliche Regelungen brauche. «Das hätte nämlich eine neue Behörde zur Folge, die darauf zu achten hat, ob ein solches Anti-Raucher- Gesetz eingehalten wird.»

Zum Schutz der Nichtraucher sei bereits viel getan worden. Auch Initiativen für eine gesetzliche Regelung habe es mehrfach gegeben, die jedoch nicht zum Erfolg geführt hätten. «Ich halte es für den richtigen Weg, gemeinsam mit dem Hotel- und Gaststättenverband zu einer Regelung zum Schutz von Nichtrauchern zu kommen», sagte Bosbach. Die große Koalition sei dafür angetreten, weniger und «nicht mehr Bürokratie» zu schaffen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Binding plant einen Gruppenantrag aller Fraktionen für ein Anti-Raucher-Gesetz. Danach soll das Rauchen in Gaststätten und Bahnen gesetzlich verboten werden. Seine Initiative unterstützen bereits mehr als 50 SPD- Abgeordnete. Die Bundesregierung setzt bislang auf eine freiwillige Vereinbarung mit dem Gaststättengewerbe. Danach sollen bis 2008 in 90 Prozent der Gasstätten 50 Prozent der Plätze rauchfrei sein.

Berlin (dpa) Unions-Vizefraktionschef Wolfgang Bosbach (CDU) hat den SPD-Vorstoß für ein Anti-Raucher-Gesetz abgelehnt. «Es gibt schon jetzt eine Fülle von rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, Nichtraucher vor den Folgen von Rauch zu schützen», sagte Bosbach der Zeitung «Die Welt» (Dienstag). Er frage sich, ob man wirklich neue

Wetter Heute



bis 22 °C

- » Pollenflug
- » Biowetter
- » Ozon- und
- » Wetterlage

Partner



Dieser Bereich präsentiert Neue Presse

- » kostenlos
- » News per
- » RSS-Feed
- » Video-News
- » zur Zeitung
- » zum E-Paper
- » zum Web
- » zum Archiv
- » zum Anzeigen
- » Leserservice
- » E-Paper bestellen

Aktuelle

Extern TopTrends
Vermischtes
**Braunbär s
tappen**

Video-Nachrichten

Aktuelle Nachrichten in Wort und Bild in Rhein-Main.Net.

- » Top 5
- » Inland
- » Ausland
- » Bemerkenswert

Grüne unterstützen

Künast: Mit Freiwilligkeit kommen wir nicht weiter

Berlin - Die Grünen wollen den Vorstoß von SPD-Bundestagsabgeordneten für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen unterstützen. „Mit unseren Unterschriften muss man rechnen“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Renate Künast, dem Tagesspiegel. Die derzeitigen Regelungen reichten nicht aus. „An dieser Stelle kommen wir mit Freiwilligkeit nicht weiter.“ Die Bundesregierung setzt derzeit darauf, dass sich die Gaststätten freiwillig selbst verpflichten, bis 2008 in mindestens 90 Prozent der Gaststätten mindestens die Hälfte der Plätze für Nichtraucher zu reservieren.

Eine neue Regelung sei notwendig, weil es um die Gesundheit vieler Menschen gehe, betonte Künast. Das sei keine Anfeindung gegen irgendjemanden. „Es kann aber nicht sein, dass Menschen mit Kindern kein Restaurant mehr betreten können, wenn sie ihre Kinder schützen wollen.“

Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding plant derzeit einen Gruppenantrag aller Fraktionen für ein Gesetz, das Rauchen in öffentlichen Räumen untersagt. Nach eigenen Angaben hat er dafür in seiner Fraktion bereits mehr als 50 Unterstützer gefunden. SPD-Fraktionschef Peter Struck unterstützt den Antrag nach Angaben eines Sprechers nicht. Struck habe aber nichts dagegen, wenn der Antrag in den Bundestag eingebracht werde.

Aus der Union kam bisher noch keine Unterstützung für den Vorstoß. Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach lehnte ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen ab. „Es gibt schon jetzt eine Fülle von rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, Nichtraucher vor den Folgen von Rauch zu schützen“, sagte Bosbach der „Welt“. Er frage sich, ob man wirklich neue gesetzliche Regelungen brauche. „Das hätte nämlich eine neue Behörde zur Folge, die darauf zu achten hat, ob ein solches Anti-Raucher-Gesetz eingehalten wird“, sagte Bosbach. Dem widersprach Grünen-Fraktionschefin Künast: „Ich kann nicht verstehen, wieso wir dafür eine neue Behörde bräuchten.“ Ein Rauchverbot in einer Gaststätte sei eindeutig, um dessen Einhaltung könnten sich die Gastwirte kümmern. ce/vs

Abgeordnete streben umfassendes Rauchverbot an

Gaststätten und Bahnen sollen zu Sperrzonen werden - Regelungen anderer europäischer Länder als Vorbild

von Martin Lutz



Rauchverbot auch in
Deutschland in Sichtweite?
Foto: dpa

Berlin - Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Binding plant einen Gruppenantrag für ein Anti-Raucher-Gesetz. Er habe einen Antrag vorbereitet, nach dem das Rauchen in öffentlichen Räumen - neben Gaststätten auch in Bahnen - gesetzlich verboten werden soll, sagte Binding. Seine Initiative werde bereits von mehr als 50 Abgeordneten in der SPD-Fraktion unterstützt. Geplant sei ein Gruppenantrag aller Fraktionen.

Während aus den Reihen der Grünen-Fraktion und der Linkspartei Sympathie bekundet wird, herrscht beim Koalitionspartner Skepsis. "Es gibt schon jetzt eine Fülle von rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, Nichtraucher vor den Folgen von Rauch zu schützen", sagte Unions-

Fraktionsvizechef Wolfgang Bosbach (CDU) gestern dieser Zeitung. Er frage sich, ob man wirklich neue gesetzliche Regelungen brauche. "Das hätte nämlich eine neue Behörde zur Folge, die darauf zu achten hat, ob ein solches Anti-Raucher-Gesetz eingehalten wird."

Zum Schutz der Nichtraucher sei bereits viel getan worden. Auch Initiativen für eine gesetzliche Regelung habe es mehrfach gegeben, die jedoch nicht zum Erfolg geführt hätten. "Ich halte es für den richtigen Weg, gemeinsam mit dem Hotel- und Gaststättenverband zu einer Regelung zum Schutz von Nichtrauchern zu kommen", sagte Bosbach. Die große Koalition sei dafür angetreten, weniger und "nicht mehr Bürokratie" zu schaffen.

Binding will das Papier in zwei Wochen den anderen Fraktionen vorgelegen. Er hofft, daß sein Antrag dann nach der Sommerpause eine Mehrheit im Parlament findet. "Mir geht es nicht darum, Rauchen zu verbieten, mir geht es darum, Menschen vor dem Passivrauchen zu schützen", erklärte der Abgeordnete aus Heidelberg. Die Bundesregierung setzt bislang auf eine freiwillige Vereinbarung mit dem Gaststättengewerbe. In vielen europäischen Ländern, darunter Spanien, Tschechien, Schweden, Italien, Irland, Norwegen und Frankreich, gilt ein solches Rauchverbot bereits. Verstöße können mit empfindlichen Geldstrafen geahndet werden.

Artikel erschienen am Di, 6. Juni 2006

[Artikel drucken](#)

PARTEIÜBERGREIFENDER GESETZENTWURF**Komplettes Rauchverbot in Zügen und Kneipen
geplant**

veröffentlicht: 02.06.06 - 09:23, akt.: 02.06.06 - 21:50

Hamburg (rpo). Zum Schutz der Nichtraucher soll laut Medienbericht ein parteiübergreifender Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht werden, der das Rauchen in Zügen, Gaststätten, Ämtern und Bildungseinrichtungen vollständig verbietet. Bei einer Abstimmung auf dieser Internetseite sprachen sich zwei Drittel der Leser ebenfalls für ein rauchfreies Deutschland aus.

Die Bundesregierung werde in dem Antrag aufgefordert, ein umfassendes Nichtraucherkonzept zu erarbeiten, berichtete die "Bild"-Zeitung in ihrer Freitagausgabe. Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding sagte, Nichtraucher müssten wirksamer vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt werden.

In Europa herrscht bereits in Schweden, Italien, Irland, Norwegen und Malta generelles Rauchverbot in Restaurants. Besonders scharfe Maßnahmen gegen den blauen Dunst wurden in den USA eingeführt. Dort wird das Rauchen insbesondere in Kalifornien und New York mit härtesten Auflagen reguliert, die ohne größere Proteste der rauchenden Bevölkerung Einzug in den Alltag gefunden haben.

Bei der Abstimmung auf dieser Internetseite plädierten 68 Prozent der Leser für ein Rauchverbot. Der Rest sprach sich mit der Begründung dagegen aus, mit einem Verbot würden Raucher diskriminiert.

© RP Online, AFP, ap, ddp, sid, gms, teleschau-der Mediendienst, Tel-A-Vision

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von RP Online, AFP, ap, ddp, sid, gms, teleschau-der Mediendienst oder Tel-A-Vision ist nicht gestattet.

fenster schliessen

GESUNDHEIT

Abgeordnete fordern Rauchverbot in Zügen und Gaststätten

Für Raucher könnte es bald ungemütlicher werden: Einem Zeitungsbericht zufolge sieht ein parteiübergreifender Gesetzesentwurf ein Zigarettenverbot in Zügen, Ämtern, Gaststätten und Bildungseinrichtungen vor.

Hamburg - Die Bundesregierung werde in dem Antrag aufgefordert, ein umfassendes Nichtraucherkonzept zu erarbeiten, berichtet die "Bild"-Zeitung. "Nichtraucher müssen wirksamer vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt werden", sagte der SPD-Abgeordnete Lothar Binding dem Blatt.

In Schleswig-Holstein gelten bereits seit Ende Mai schärfere Regeln. In Nahverkehrszügen darf seitdem nicht mehr geraucht werden.

In vielen anderen europäischen Ländern gibt es längst sehr viel weit reichendere Verbote. So gilt etwa in Italien ein striktes Rauchverbot in allen Cafés und Restaurants, die keine abgetrennten Räume mit eigener Lüftung haben. In Spanien gilt seit Anfang des Jahres ein strenges Rauchverbot am Arbeitsplatz. Restaurants mit mehr als 100 Quadratmetern Fläche müssen Raucherzonen ausweisen. In Norwegen ist rauchen in Restaurants, Hotels und öffentlichen Verkehrsmitteln völlig verboten.

hen/ler/AP

© SPIEGEL ONLINE 2006
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH



► **Massaker von My Lai:**
Ein amerikanisches Trauma



► **Unter:**
Stoibe

► **Fremc**
Rhein:
zum K

► **Intern**
Tumr
Möcht

► **US-Ge**
Die M

TOP 3: LESER EMPFEHLEN ►►

POLITIK

A

► **Handke-Debatte:**
Versuch über das geglückte
Kriegsverbrechen

► **WM-Ir**
Droste
"Dikta

► **Reises**
Ein Hu

THEMA ►►

► **Ein Land, zwei Völker:**
Reportagen, Analysen und
Hintergründe zum
Nahostkonflikt

► **Zu weiteren Specials**



FORUM

► **Forum:**
20 Jahre nach Tschernobyl:
Verdrängt? Vergessen?
Verharmlost?

► **Forum:**
Ihre M
den K

► **Forum:**
Ihre Meinung: Ausländer-
Integration vernachlässigt?

SPIEGEL-DOSSIERS ►►

► **Peter Handke:**
Bänkelsänger des Balkan



► **Iran:**
Staats
Ahma

► **Recht:**
Trium

► **Afgha**
Opera

► **BND:**
Die S

Nichtraucher besser schützen

Der Bundestag unternimmt einen neuen Versuch zum Nichtraucherschutz. Nach Angaben des SPD-Abgeordneten Lothar Binding sind schon mehr als 50 Mitglieder seiner Fraktion bereit, den Antrag für ein Gesetz mitzutragen, das das Rauchen in öffentlichen Räumen verbieten würde.

Berlin. Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding sagte dem Tagesspiegel, aus der Unionsfraktion habe er ebenfalls "eine ganze Reihe positiver Anfragen" bekommen; er rechne auch auf Zustimmung von führenden CDU-Gesundheitspolitikern. Der Entwurf, der als Gruppenantrag aller Fraktionen geplant ist, gehe jetzt in die Abstimmung zwischen den Gesundheitsfachleuten der Koalition. Er hoffe, dass er nach der Sommerpause beschlossen werden könne. Bisher setzt die Bundesregierung wie schon die rot-grüne Vorgängerin auf Freiwilligkeit.



Rauchern soll es verboten werden, in öffentlichen Räumen zu qualmen. (Foto: dpa)

Das Gaststättengewerbe hat zugesagt, bis 2008 in 90 Prozent aller Restaurants, Bistros und Kneipen die Hälfte aller Plätze für Nichtraucher zu reservieren. Bei einer Zwischenbilanz des Gaststättenverbands Dehoga erreichten die Gastronomen die Zielzahlen allerdings nur knapp. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), will die gemeldeten Zahlen nachprüfen.

Binding allerdings hält schon die Vereinbarung für ungenügend. Ihn, von Haus aus Finanzpolitiker, habe eine Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums alarmiert: Demnach ist die Belastung durch Rauchen viel größer als angenommen. Der Feinstaub aus einem Zug-Bistro für Raucher etwa verteile sich im ganzen Zug einschließlich der krebserregenden Stoffe. "Ich will nicht das Rauchen verbieten, aber Nichtraucher besser schützen", sagte Binding. Das wollten sogar viele Raucher, auch Bundestagskollegen.

Rauchverbote gibt es in den USA und Schweden, aber auch in klassischen Raucherländern wie Frankreich, Spanien und Italien.

Rauchfreie WM-Stadien

Die Deutsche Krebshilfe hat eindringlich zu einer rauchfreien Fußball-Weltmeisterschaft aufgerufen. Das WM-Motto "Zu Gast bei Freunden" müsse auch bedeuten, dass sich die Gäste auf den Gesundheitsschutz verlassen könnten, schrieb Krebshilfe-Präsidentin Dagmar Schipanski in einem Brief an WM-Organisator Franz Beckenbauer und Fifa-Präsident Joseph Blatter.

Kurz vor dem Welt-Nichtrauchertag am Mittwoch appellierte die Krebshilfe-Präsidentin darin, den Nichtraucherschutz in den deutschen Fußballstadien umzusetzen - also ein generelles Rauchverbot zu verhängen. Die Weltmeisterschaft 2002 in Japan und Südkorea sei bereits rauchfrei gewesen, und die WM 2010 in Südafrika werde es auch sein. "Es ist völlig unverständlich, warum wir das in Deutschland nicht hinbekommen", kritisierte Schipanski. Rauchen und Sport passten nicht zusammen.

"Das Rauchen ist der größte vermeidbare Gesundheitsfaktor und tötet jährlich fünf Millionen Menschen weltweit." Auf Freiwilligkeit basierende Kampagnen reichten aber nicht aus, betonte sie.

03.06.06

Von Andrea Dernbach

► WZ-Topthemen

jetzt drucken 

Rauchverbot in Zügen und Kneipen rückt näher

Zum Schutz der Nichtraucher soll nach Informationen der "Bild"-Zeitung ein parteiübergreifender Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht werden, der das Rauchen in Zügen, Gaststätten, Ämtern und Bildungseinrichtungen vollständig verbietet.



Raucherin
© AFP/DDP

Die Bundesregierung werde in dem Antrag aufgefordert, ein umfassendes Nichtraucherkonzept zu erarbeiten, berichtete die Zeitung. Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding sagte, Nichtraucher müssten wirksamer vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt werden.

VOTING

Wollen Sie mit dem Rauchen aufhören?

- Ja, ich hab es fest geplant.
- Manchmal, halbherzig.
- Nein, schaff ich sowieso nicht.

abstimmen

ENDLICH RAUCHFREI

Haben Sie Ihre Sucht bekämpft?

Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen. [mehr](#)

ENDLICH RAUCHFREI



Vorsorge für Raucher

Ab 50 sollten Sie sich auf Blasenkrebs untersuchen lassen. [mehr](#)

ENDLICH RAUCHFREI



Gift aus der fremden Zigarette

Passivrauchen schädigt vor allem Ungeborene und Kinder. [mehr](#)

Such-Tipps

1. [Parfüm](#)
2. [Zahnersatz](#)
3. [Fitness](#)
4. [Arzneimittel](#)
5. [Body Building](#)
6. [Nasenkorrektur](#)
7. [Nagelstudio](#)
8. [Kosmetik](#)

© AFP



5. Juni 2006 09:46:55

News

Deutschland rauchfrei? Stimmen Sie ab!

Bundestag will Rauchen in Zügen und Kneipen verbieten

Wird Deutschland bald völlig rauchfrei?

Nach BILD-Informationen soll ein neuer parteiübergreifender Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht werden, der das Rauchen in Zügen, Gaststätten, Ämtern und Bildungseinrichtungen vollständig verbietet!

Die Bundesregierung soll ein umfassendes Nichtraucherkonzept erarbeiten.

Hier abstimmen!**Sollte das Rauchen in Deutschland verboten werden?**

Ja

Nein

Der SPD-Abgeordnete Lothar Binding zu BILD: „Nichtraucher müssen wirksamer vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt werden.“

Und was denken Sie?**Abstimmen**

Sollte das Rauchen in Deutschland verboten werden? Wäre ein gesetzliches Rauchverbot endlich mal ein Schritt in die richtige Richtung – oder

geht die Bevormundung damit zu weit? Stimmen Sie ab!



Dürfen Raucher bald nur noch zu Hause qualmen?

Zurück

FOTO:

ddp, DPA

Kontakt | Samstags-Beilage | Werben bei Bild.T-Online | Erotik1.de | Shopping | Datenschutz | Impressum | Nut
Über Bild.T-Online | Jobs | Ein Herz für Kinder | Meinung-Live | Chat | Online-Angebote von Axel Springer | Copyright

Abgeordnete planen Rauchverbot

Berlin - Der Bundestag unternimmt einen neuen Versuch zum Nichtraucherschutz. Nach Angaben des SPD-Abgeordneten Lothar Binding sind schon mehr als 50 Mitglieder seiner Fraktion bereit, den Antrag für ein Gesetz mitzutragen, das das Rauchen in öffentlichen Räumen verbieten würde. Binding sagte dem Tagesspiegel, aus der Unionsfraktion habe er ebenfalls „eine ganze Reihe positiver Anfragen“ bekommen; er rechne auch mit Zustimmung von führenden CDU-Gesundheitspolitikern. Der Entwurf, der als Gruppenantrag aller Fraktionen geplant ist, gehe jetzt in die Abstimmung zwischen den Gesundheitsfachleuten der Koalition. Er hoffe, dass er nach der Sommerpause beschlossen werden könne.

Bisher setzt die Bundesregierung wie schon die rot-grüne Vorgängerin auf Freiwilligkeit. Das Gaststättengewerbe hat zugesagt, bis 2008 in 90 Prozent aller Restaurants, Bistros und Kneipen die Hälfte aller Plätze für Nichtraucher zu reservieren. Bei einer Zwischenbilanz des Gaststättenverbands Dehoga erreichten die Gastronomen die Zielzahlen aber nur knapp. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing (SPD), will die gemeldeten Zahlen nachprüfen.

Binding allerdings hält schon die Vereinbarung für ungenügend. Ihn, von Haus aus Finanzpolitiker, habe eine Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums alarmiert: Demnach ist die Belastung durch Rauchen viel größer als angenommen. Der Feinstaub aus einem Zug-Bistro für Raucher etwa verteile sich im ganzen Zug – einschließlich der krebserregenden Stoffe. „Ich will nicht das Rauchen verbieten, aber Nichtraucher besser schützen“, sagte Binding. Das wollten sogar viele Raucher, auch Bundestagskollegen. Rauchverbote gibt es in den USA und Schweden, aber sogar in klassischen Raucherländern wie Frankreich, Spanien und Italien. *Andrea Dernbach*

Freitag, 09.06.2006



- ▣ Leser-Service
- ▣ Verlags-Service
- ▣ Mediadaten
- ▣ Kontakt
- ▣ tz-Impressum
- ▣ AGB's
- ▣ Online-Shop

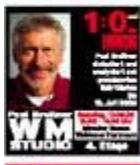
- ▣ Home
- ▣ Kleinanzeigen
- ▣ Kostenloser Markt
- ▣ ePaper
- ▣ Partys München
- ▣ Veranstaltungen
- ▣ Leserbriefe
- ▣ Leserfotos
- ▣ Bildergalerien
- ▣ Bilder des Tages
- ▣ Partnerbörse
- ▣ tz heute
- ▣ Gewinnen mit der tz
- ▣ Tipp-Kaiser
- ▣ Geld&Markt
- ▣ Medizin&Gesundheit
- ▣ Tier&Mensch
- ▣ Serien
- ▣ tz plus
- ▣ Reise
- ▣ Klingeltöne
- ▣ Kunstgalerie
- ▣ Stadtplan
- ▣ tz Unicef-Aktion

Veranstungskalender

Suchen Sie online in allen **Veranstaltungen**



▼ KLICKEN SIE AUF DIE ÜBERSCHRIFTEN ▼



NEW

- 09.06.2006 Uni-Ärzte für Tarifr
- 09.06.2006 Abwehrr Buyten w HSV zu E München
- 09.06.2006 Portugal I
- 09.06.2006 Johan Mi von Werc Girondins
- 09.06.2006 Gespräch Transrapi China au

Schlaglichter

SPD-Abgeordneter plant Gruppenantrag für Anti-Raucher-Gesetz

Parteien SPD Gesundheit Rauchen

Berlin (dpa) - Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Binding plant einen Gruppenantrag für ein Anti-Raucher-Gesetz. Er habe einen Antrag vorbereitet, nach dem das Rauchen in öffentlichen Räumen gesetzlich verboten werden soll, sagte Binding in Berlin. Das würde neben Gaststätten auch Bahnen betreffen. Seine Initiative werde bereits von mehr als 50 Abgeordneten in der SPD-Fraktion unterstützt. Die Bundesregierung setzt bislang auf eine freiwillige Vereinbarung mit dem Gaststättengewerbe.

/02.06.2006

versenden | drucken | kommentieren | zurück



KOMMENTARE

Show ohne Effekt

Von Klaus Welzel

Es geht mal wieder gegen die Faulenzer, gegen die Arbeitsverweigerer. Wer dreimal nein sagt zu einem zumutbaren Stellenangebot bekommt Hartz IV gestrichen. Gut so. Wer wollte schon einen Drückeberger mit Steuergeldern unterstützen? Union und SPD sind also auf dem richtigen Weg, wenn sie hier konsequent durchforsten. Und ein paar hundert schwarze Schafe ausmachen werden. Denn mehr sind es nicht. Der Rest der 4,53 Millionen Arbeitslosen bleibt. Denn die überragende Mehrzahl wäre froh, es gäbe zumutbare Jobs, die man nur annehmen müsste. Diese Stellen gibt es aber nicht; nicht in ausreichendem Ausmaß.

Was Rot-Schwarz derzeit bei der „Hartz-Reform“ veranstaltet, ist Politik auf Micky-Maus-Niveau: Viel Show ohne bleibenden Effekt. Wichtig wäre es, Strukturen zu verändern, Leistungsanreize zu schaffen. „Hartz“ in der jetzigen Form verführt zum Betrug solange Niedriglohnjobs nach wie vor zu hoch besteuert oder mit Sozialabgaben belastet werden. Dabei sollte sich die Regierung immer wieder klar machen, dass seit den 70er Jahren kein einziger Aufschwung ausreichte, die Zahl der Arbeitslosen auf den Stand vor der zuvor stattgefundenen Rezession zu senken. Weil nie ordentlich reformiert wurde. Wann nutzt die große Ko-

Auch im Stadion soll nicht geraucht werden

Das DKFZ lieferte die Vorlage für Lothar Bindings Gesetzentwurf – Schadstoffe wirken selbst dann, wenn man nichts riecht

Von Klaus Welzel

Heidelberg/Berlin. Irland hat es vorge-macht. Frankreich auch. Selbst die Italiener halten sich daran: Rauchverbote in Lokalen und öffentlichen Räumen. Jetzt soll Deutschland folgen.

Der Heidelberger Bundestagsabgeordnete Lothar Binding (SPD) hat einen Gruppenantrag im Bundestag initiiert, wonach in Deutschland in allen öffentlichen Räumen – inklusive Fußballstadien – das Rauchen verboten werden soll. Gänzlich. Und nicht mit Ausnahmen versehen; ganz so wie es der Hotel- und Gaststättenverband für sich ausgehandelt hat, wonach es reicht Nichtraucherrecken anzubieten.

Denn diese Nichtraucherrecken nützen rein gar nichts. Das DKFZ mit Sitz in Heidelberg hat herausgefunden, dass sich die Schadstoffpartikel einer Zigarette überall in Räumen festsetzen und selbst dann wieder aufgewirbelt werden, „wenn es längst nicht mehr nach Rauch riecht“. Die Ärztin Martina Pötschke-Langer vom DKFZ: „Die Partikel lagern sich an Wänden, auf dem Boden, in Teppichen, auf Möbeln, Akten und Büchern ab.“ Vorübergehend. Um dann wieder nach und nach als Feinstaub freigesetzt zu werden. 4800 Chemikalien befinden sich in einer Zigarette – viele davon wirken toxisch oder krebserregend.

Eine Argumentation, die den SPD-Parlamentarier Binding überzeugte. Und nicht nur ihn: „Wir haben bereits mehr als 50 Mitinitiatoren, die sich für das Rauchverbot einsetzen.“ Zu wenig, um eine Abstimmung im Bundestag zu gewinnen. Vor allem wenn man bedenkt, dass ähnliche Vorstöße in der Vergangenheit stets gescheitert sind. Aber Binding glaubt, „dass sich die Einstellung zum Rauchen generell geändert hat“. Eine Mehrheit für ein Rauchverbot sei „durchaus möglich“. Außerdem gebe es auch Zustimmung aus anderen Fraktionen.

Zunächst soll der Gesetzentwurf, der auf einer DKFZ-Studie über die Gefahren des Passivrauchens fußt, aber mit den Gesundheitspolitikern der Fraktionen abgesprochen werden. Erst danach will der Heidelberger zur Abstimmung schreiten. Kleine Änderungen seien bis dahin möglich. Doch die Kernpunkte des Gesetzentwurfs stehen bereits fest:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die Nichtraucher im Rahmen eines Gesamtkonzepts wirksam vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen.

2. das Rauchen in allen Räumen mit Publikumsverkehr, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, sowie in allen Einrichtungen und Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs zu verbieten.

3. das generelle Rauchverbot in Gaststätten und Beherbergungsbetrieben einzuführen.“

Sollten Binding und das DKFZ ihr ehrgeiziges Ziel erreichen, so gäbe es in Deutschland zukünftig nicht nur rauchfreie Arbeitsplätze. Auch in Zügen, Bussen, Flugzeugen, Taxis und S-Bahnen dürfte nicht mehr geraucht werden. Zusätzlich wären dann künftig Messehallen, Rathäuser, Schulen, Universitäten, Freizeitparks, Rockkonzerte und eben Sportstadien Tabu-Zonen für Raucher. Und Gaststätten sowieso.

Angesichts von 386 Millionen Zigaretten, die in Deutschland täglich in Rauch aufgehen, mag man an einem sofortigen Erfolg der Binding-Initiative zwar zweifeln. Aber wer hätte gedacht, dass sich Franzosen oder gar Italiener das Rauchen verbieten lassen würden?

Ziel des Vorstoßes ist es aber nicht alleine passive Raucher (und Tiere!) zu schützen. Darüber hinaus soll Rauchen an sich so unattraktiv wie möglich gemacht werden. Um die Raucher quasi vor sich selbst zu schützen. Alle Krebsstatistiken beweisen den Zusammenhang zwischen Rauchen und Krankheit.

Gleichwohl betont Binding: „Mir geht es nicht darum, das Rauchen zu verbieten. Mir geht es darum, Nichtraucher dort zu schützen, wo sie sich dem Zwang mitrauchen zu müssen nicht entziehen können.“

Und Binding selbst? Ist Nichtraucher. Schon lange.



Alle Aschenbecher voll? Der SPD-Abgeordnete Binding will mit 50 weiteren Parlamentariern ein Rauchverbot durchsetzen. Foto: dpa